

# Weiterhin im Gespräch - DGB trifft Spitze des Staatsministeriums zum Gedanken- austausch

Auch im Jahr 2019 bleibt der DGB im Austausch mit der Landesregierung. Aktuell fand eines der turnusmäßigen Gespräche zwischen DGB, den Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit der Spitze des Staatsministeriums, sowie den Amtsspitzen des Finanz- und Innenministeriums statt. Von Seiten des Staatsministeriums wurde das Gespräch erstmals vom neuen Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Stegmann geführt.

### Nachbetrachtung der Besoldungsrunde 2019

Die angekündigte Übertragung des Tarifergebnisses im Tarifbereich der Länder, auf die Beamtinnen und Beamten im Land ist für den DGB ein guter und richtiger Weg. Durch die Übertragung des Gesamtvolumens erfüllt die Landesregierung erstmals seit langem die Erwartung der DGB-Gewerkschaften „Besoldung folgt Tarif“. Obwohl der überwiegende Teil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg zu den Gewinnern der Tarif- und Besoldungsrunde 2019 gehören, war es dem DGB Baden-Württemberg dennoch wichtig im Gespräch darauf hinzuweisen, dass es auch Verlierer gibt. Insbesondere bei den angestellten Lehrerinnen und Lehrern führt die höhere lineare Erhöhung bei den verbeamteten Lehrkräften dazu, dass der Nettolohnunterschied zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften größer wird. Hier gibt es aus Sicht des DGB Baden-Württemberg noch Gesprächsbedarf, damit alle Lehrkräfte in Baden-Württemberg eine gerechte und faire Bezahlung erhalten.

### Planungssicherheit nutzen

Trotz der positiven Nachrichten ist der DGB Baden-Württemberg darüber hinaus der Ansicht, dass das Land sich nun nicht auf dem Erreichten ausruhen darf. Die nun erreichte Planungssicherheit ist eine Chance, die es aus Sicht des DGB zu nutzen gilt. Jetzt können die Weichen gestellt werden, um für die Beamtinnen und Beamten eine Rückkehr zur tariflichen Arbeitszeit zu gestalten. Dazu hatte der DGB bereits im vergangenen Jahr gegenüber dem Staatsministerium erste Vorschläge gemacht. Leider gilt es hier noch dicke Bretter zu bohren, denn sowohl das Staatsministerium, wie auch das Innenministerium haben erneut die Rückmeldung gegeben, dass die Abkehr von der 41h-Woche derzeit nicht auf der Agenda der Landesregierung steht.



Bild: DGB BW/D. Gaugler

Aus Sicht des DGB Baden-Württemberg ist dies eine bedauerliche und nicht zeitgemäße Haltung. Weniger Wochenarbeitszeit – Mehr Lebenszeit ist in vielen anderen Branchen ein Motto, das sich auch in den jüngsten Tarifabschlüssen niederschlägt. Das Land als oberster Dienstherr wäre gut beraten hier auf die Bedürfnisse der Beschäftigten einzugehen. Der DGB Baden-Württemberg wird sich daher auch weiterhin für eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit stark machen. Die Aufwertung der nichttechnischen Eingangssämter ist für den DGB ebenfalls ein Schritt, der endlich vollzogen werden muss. Auch hier wird der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften sich weiter für Verbesserungen einsetzen.

### DGB als starke Stimme aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

Die erreichten Verbesserungen, aber auch die noch immer ungelösten Probleme sind für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes weiterer Ansporn, sich auch in Zukunft für die Belange und Interessen aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einzusetzen.